

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.- M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelbpatierten Kolonial-Beile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Herren im Hause.

Es ist eine eigene Sache mit dem sogenannten Burgfrieden. Je länger er dauert, um so fragwürdiger wird er. Die Unternehmer haben sich durch die Verkündung des Burgfriedens in ihrer Gesinnung nicht beeinflussen und in ihrer gegen die Gewerkschaften gerichteten Tätigkeit nur wenig hemmen lassen.

Gewiß war es ihnen recht angenehm, daß die Organisationen der Arbeiter alle wirtschaftlichen Kämpfe aufhoben und aufschoben. Noch lieber wäre es ihnen jedoch gewesen, wenn das nicht in freiwilliger Unterordnung unter den Burgfrieden, sondern ausschließlich unter dem Zwang des Belagerungszustandes geschehen wäre. Dann hätten sie zwar nicht den Burgfrieden, wohl aber — so geht die Meinung — den Kirchhofsfrieden gehabt.

Weil nun aber der Burgfrieden einmal da war, machten zunächst auch diejenigen Unternehmer gute Miene, die das Spiel böse hielten. Selbst die „Arbeitgeberzeitung“ mühte sich einige Monate mit burgfriedlicher Gesinnung, ja rang sich sogar einige Worte der Anerkennung für die Gewerkschaften ab. Man darf überzeugt sein, daß sie das heute bitter bereut; wenigstens bemüht sie sich seit langem eifrigst, ihren Versuch, aus der eigenen Haut zu fahren, ins Bergessen zu bringen.

Ein sehr nachdrücklicher Versuch in dieser Richtung wird in der Nummer vom 8. Oktober d. J. gemacht. Dort wird an eitenender Stelle der Jahresbericht des Deutschen Braunkohlenvereins als „eine bedeutsame Kundgebung“ besprochen und gepriesen. „Bedeutung“ ist nun der besprochene Bericht allerdings. Insofern nämlich, als er blicktartig die Stimmung in den Kreisen der Großindustriellen beleuchtet und selbst sehr schwachfichtige Politiker und Gewerkschaftler davon überzeugen dürfte, daß der Krieg für jene Kreise weit mehr ein Geschäft als ein Erlebnis geworden ist, daß sie insbesondere gar nicht daran denken, den Arbeitern und ihren Organisationen in Zukunft anders gegenüberzutreten als in der Vergangenheit.

Der Braunkohlenverein wendet sich vor allem dagegen, daß nicht nur in der gewerkschaftlichen Presse, sondern auch im Reichstage

„zielbewußt darauf hingearbeitet wird, den Arbeitern in ihrer Gesamtheit, im besonderen auch ihren Verbänden, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen zu verschaffen!“

Als ob es nicht eine ganz selbstverständliche und schon vor dem Kriege von einseitigen Unternehmern und fast allen Sozialpolitikern anerkannte Forderung wäre, daß die Arbeiter und ihre Organisationen mitbestimmen, wie die Arbeitsbedingungen geregelt werden sollen. Das ganze Tarifvertragswesen — das allerdings den meisten Großindustriellen und vielen andern Unternehmern ein Dorn im Auge ist — beruht auf der Anerkennung dieser Forderung. Jede Verhandlung zwischen Unternehmern und Arbeitern hatte und hat zur Voraussetzung, daß dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter anerkannt wird. Tut nichts! Die Herren im Braunkohlenverein dulden keine Götter neben sich. Sie wollen auch keine Kriegsauslöser zur Beilegung gewerblicher Streitigkeiten und keine öffentlichen Arbeitsnachweise nach dem Kriege.

Natürlich sehen die Herren voraus, daß sie mit ihrem Standpunkt und ihrer Auffassung von der Stellung des Arbeiters im Arbeitsvertrage schwere Kämpfe heraufbeschwören werden. Sie sehen es nicht nur, nein, sie sagen es auch voraus. Ausdrücklich heißt es im Bericht:

„Nach alledem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftsrechtlichen, sondern Zeiten lebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation gehen wir entgegen.“

Im allgemeinen ist es ein undankbarer Versuch, in die Zukunft sehen zu wollen. In diesem Falle wird das Prophezeien den Unternehmern leicht, weil sie die feste Absicht haben, die vorausgesetzten Kämpfe herbeizuführen. Daß sie diese Absicht haben, geht schon aus der oben gezeichneten Stellung zu der Gewerkschaft und ihren Forderungen hervor. Die Absicht wird aber noch einmal unterstrichen mit folgendem, der oben zitierten Voraussage angehängten Satz:

„Denn trotz aller Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens der Arbeiter in Deutschlands schwerer Zeit wird es notwendig sein, den vielfach so falsch beurteilten Herren-im-Hause-Standpunkt zu verteidigen.“

Es „wird notwendig sein“, daß die Unternehmer „Herr im Hause“ bleiben, daß die Arbeiter im Arbeitsverhältnis nichts zu sagen haben. Also wird es auch „notwendig“ sein, die Gewerkschaften zu bekämpfen, das Organisationsrecht zu mißachten, kurz — genau dieselbe Arbeiterpolitik zu treiben wie vor dem Kriege. „Trotz aller Anerkennung“ usw. usw.

Bei solcher Auffassung ist es kein Wunder, daß der Bericht die Regierung im Verdacht hat, sie könnte in ihrer Anerkennung der Gewerkschaften zu weit gehen. Sie wird deshalb wie folgt verwahrt:

„In Arbeitgeberkreisen (1) blüht man mit gewisser Besorgnis auf die überreiche Anerkennung (1) des vaterländischen Verhaltens der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege, die ihnen von fast allen bürgerlichen Parteien und im besonderen auch von Vertretern der

Staats- und Reichsregierung (1) bekundet worden ist. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dadurch das Kraftbewußtsein der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und ihrer Führer außerordentlich erstarren wird, und bereits liegen Erfahrungen dafür vor, daß dieses Kraftbewußtsein zu immermaßloseren Wünschen der Organisationen auf sozialpolitischem Gebiet und damit zu einer starken Benachteiligung unseres wirtschaftlichen Lebens führen wird.“

Es sind allerdings seit Kriegsausbruch den Gewerkschaften allerlei schöne Worte gesagt, ja, es sind ihnen sogar einige, allerdings sehr unbestimmt gehaltene Versprechungen gemacht worden. Erfüllt worden ist davon bitter wenig. Aber dieses wenige macht die Herren, die man früher Scharfmacher nennen durfte, besorgt. Sie wollen kein Entgegenkommen, kein Eingehen auf die Wünsche, Beschwerden und Forderungen der Arbeiter. Etwas papierne „Anerkennung“, ja, warum denn nicht, aber im übrigen: Herr im Hause bleiben! Entgegenkommen reizt nur „zu immer maßloseren Wünschen“. Die Gewerkschaften haben schon eine Reform des Vereinsgesetzes — und was für eine! — durchgeführt, jetzt wollen sie gar noch Kriegsauslöser zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten (die, nebenbei bemerkt, die Militärbehörden gewünscht und geschaffen haben. Red.) und paritätische Arbeitsnachweise. Maßlose Wünsche!

Die „Arbeitgeberzeitung“ ist natürlich hoch erfreut über die nicht von der Blässe burgfriedlicher Gedanken angefränten Auslassungen des Braunkohlenvereins. „Es ist sehr ansgesprochen“, meint sie, „daß hier einmal ohne alle sentimentale Rücksicht (die Sentimentalität sollten wir ja wohl verlernt haben) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt zur Parole erhoben worden ist.“ Wir haben Verständnis für den erlösenden Seufzer des Blattes. Es hat sich gewiß schon lange nach dem Manne gesehnt, der der Katze die Schelle anhängen würde. Jetzt endlich ist die alte Parole wieder da! Nach zwei Jahren Weltkrieg und Burgfrieden hat man sie glücklich wiedergefunden.

Ohne Sentimentalität! Die hat man „ja wohl verlernt“ meint die „Arbeitgeberzeitung“ in Anspielung an ein Wort des Kanzlers. Der bezog es allerdings auf Deutschlands Feinde im Weltkrieg. „Denen gegenüber hätten wir, so jagte er, die Sentimentalität verlernt. Die „Arbeitgeberzeitung“ scheint also nicht nur glücklich die „inneren Feinde“ wieder entdeckt zu haben, sondern sie auch den äußeren gleichzustellen. Das läßt tief blicken! würde Sabor sagen.

In dem Bericht des Braunkohlenvereins wird nicht nur der Feind genannt und die Parole ausgegeben, es werden darin auch Bundesgenossen gesucht und gefunden. Welcher Art die sind, ist nicht schwer zu erraten. Dem aufmerksamen Beobachter ist es nicht entgangen, daß die Industriellen ihre gelben Werkvereine in der Kriegszeit nicht weniger, sondern fast noch mehr geschäftlich haben als früher. Wir haben im „Proletarier“ wiederholt und eindringlich auf gewisse Vorgänge und Vorkommnisse verwiesen, die eine planmäßige Aufrüstung der Gelben für die nach dem Kriege bevorstehenden Kämpfe zum Zweck hatten. Der Bericht der Braunkohlenherren sagt darüber im Anschluß an den Hinweis auf die Kämpfe der Zukunft:

„Unter diesen Umständen lag es nahe, daß man in Regierungs- (11) und Arbeitgeberkreisen dem Gedanken der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, die sich ja vor Ausbruch des Krieges in erfreulicher Entwicklung befand, nähergetreten ist.“

Der Bericht spricht verächtlich von der „nationalen Arbeiterbewegung“. Er meint aber zweifelsohne die gelben Werkvereine, und nur diese. Die Wendung, daß man der Förderung dieser Organisationen „nähergetreten“ ist, führt irre. „Nähergetreten“ ist man ihnen schon immer, gefördert hat man sie stets, vielfach direkt gefördert. Hinter der Wendung verbirgt sich nur die Tatsache, daß in der Kriegszeit zwischen Organisationen der Unternehmer und den Gelben Verhandlungen stattgefunden haben und Vereinbarungen getroffen sind, die das Verhältnis zwischen Unternehmern und Gelben noch enger gestalten. Daß auch „Regierungskreise“ an diesem „Nähergetreten“ beteiligt waren, ist uns bekannt. Es scheint jedoch, als ob die Unternehmer ein aktiveres Eingreifen der Regierung wünschen. Wenigstens hat sich noch im März d. J. der Unternehmersekretär Dr. Beumer in einer Versammlung der Vertreter der Eisen- und Stahlwerke, die in Düsseldorf stattfand, ernstlich beschwert über die Zurücksetzung der gelben Werkvereine durch die Regierung. Er bemängelte, daß das Reichsamt des Innern bei einer Beratung mit den Gewerkschaften aller Richtungen die Gelben ausschloß oder ausschließen ließ. Darüber hätten sich Arbeiter bitter beklagt und gemeint, man müsse ja „Sozialdemokrat im Deutschen Reiche werden, um Belohnungen (1) seitens des Reichsamts des Innern dafür zu empfangen, daß man Sozialdemokrat und nicht ein national gesinnter Arbeiter ist!“ Auch die „Arbeitgeberzeitung“ meint, daß „leider einige Momente anzuführen“ seien, die nicht für eine genügende Förderung der Gelben durch die Regierung sprechen. Sie hofft jedoch, daß die Regierung sich recht bald darauf besinnt, daß sie „nichts Besseres tun kann, als diese im nationalen und wirtschaftlichen Interesse gleich erfreuliche Bewegung auf der ganzen Linie zu unterstützen“.

Man sieht, die Unternehmer ziehen alle Register, um die Regierung mit vor den Karren der Gelben zu spannen. Ob ihnen das gelingt, ist nicht abzusehen. Vorläufig sind Anzeichen dafür nicht vorhanden. Die Leute, die jetzt wie früher so entschieden den

Herrn im Hause herauskehren und Regierungsunterstützung für ihre Bundesgenossen fordern, stehen augenblicklich zumeist — aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können — in scharfer Opposition zur Politik des Reichskanzlers und der Reichsregierung. Sie bemühen sich mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, und mit einer Rücksichtslosigkeit, die für andre Bestrebungen vorbildlich sein könnte, den Kanzler zu stürzen und die äußere und innere Politik des Reiches in andre Bahnen zu drängen. Solange sie damit keinen Erfolg haben, dürfte es ihnen auch nicht gelingen, ihren gelben Schatz — die uneingeschränkte Unterstützung der Regierung zu sichern. Ob ihnen das später gelingt, sei dahingestellt. Jedenfalls zeigen die Stimmungen im Unternehmerlager, daß die Gewerkschaften sich für schwerste Kämpfe rüsten müssen.

Der Ausbau der Gewerkschaftsbewegung.

Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß der Reichskanzler dem Genossen Legien gegenüber die Frage aufgeworfen habe, ob sich nicht eine Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen herbeiführen ließe. An diese Frage knüpft jetzt der Leiter der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. Waldemar Zimmermann, an mit einem Artikel über den „Ausbau der Gewerkschaftsbewegung“, der in der Zeitschrift „Der technische Angestellte“ veröffentlicht wird. Wir teilen nicht in allen Punkten die Auffassung des Herrn Dr. Zimmermann, halten jedoch seine Ausführungen, gerade weil sie von einem bürgerlichen Freunde der Arbeiterbewegung kommen, für so lesenswert, daß wir sie hier wiedergeben. Dr. Zimmermann schreibt:

Es ist gewiß verständlich, wenn der Reichskanzler aus allgemeinen politischen Gesichtspunkten heraus die Bildung einer einheitlich organisierten Arbeiterbewegung positiv-gewerkschaftlichen Geistes als einen auch politisch wertvollen Bleck gegenüber den destruktiven und negierenden Tendenzen gewisser sozialdemokratischer Arbeitergruppen wünscht. Aber es erregt mich doch fraglich, ob für das an sich so sehr erstrebenswerte Zusammenwirken der deutschen freien, christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften die Form einer bürgerlichen Vereinigung möglich und notwendig ist. Weber Legien, der Führer der freien, noch Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, können, wenn sie auf die Geschichte ihrer Organisationen schauen, deren Eigenart und die Melancholie ihrer Anhänger würdigen, dem Gedanken einer Vermählung näherzutreten. Denn eine solche wäre zugleich das Ende des lebendigen „idealen“ Geistes, der die deutsche Gewerkschaftsbewegung so ganz anders als die englische durchtränkt hat und vorwärts lenkt. Und mehr als je wird sich nach dem Kriege dieser lebendige ideale Geist zu bewähren haben.

Nach dem Abbau des Burgfriedens und nach der Entspannung von dem einigenden Druck der äußeren Gefahr werden die wirtschaftlichen Gegensätze hemmungsloser aneinander plagen als zur Kriegszeit. Und wo in der Kriegswirtschaft die Zwangsorganisation die Dinge und die Menschen zusammenfügte, wird im Frieden der freie Organisationswille und die eigene Einsicht in den Nutzen und die Notwendigkeit des Kräftezusammenstoßes den Ausbau der Organisation betreiben müssen. Für keine Volksgruppe ist aber ein möglichst starker organisatorischer Zusammenstoß in wirtschaftlich-sozialer und kultureller Hinsicht so wichtig wie für die Arbeiterklasse. Während des Krieges ist diese Einsicht endlich auch Gemeingut aller Parteien und der Regierungen geworden. Hätten wir keine Arbeiterorganisationen aus der Friedenszeit her gehabt, sie hätten während des Krieges entstanden werden müssen. Denn, wie Staatssekretär Dr. Delbrück im Frühjahr 1915 einmal sagte: „In allen Wirtschaftsgruppen lassen sich die Kriegsschwierigkeiten verhältnismäßig leicht übersehen, nur nicht da, wo die Organisation der Beteiligten mangelhaft entwickelt ist. Die deutschen Arbeiterorganisationen ohne Unterbruch der Richtigungen fügten sich den nationalen Forderungen der Kriegswirtschaft und den Geboten des Burgfriedens fast ausnahmslos in scharf vorbildlicher Weise und leisteten darüber hinaus noch positive Arbeit in weitestem Umfang. Die Ausschaltung aller Arbeitskämpfe, die berufliche Umschulung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Millionenleistungen für Arbeitslosen- und Konsumunterstützungen, die Abwehr des Kriegswuchers und der Teuerungsnöte, das Zusammenwirken mit den Arbeitgeberorganisationen zur Stützung der Gewerbe, zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbewegungen und der Arbeitsverteilung sowie zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, das zur Bildung von „Kriegsarbeitsgemeinschaften“ mit den Unternehmern in 19 Industrien und Gewerben führte“ usw. — das sind einige Belege für die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer möglichst weitreichenden Organisation der Arbeiterklasse. Die deutschen Gewerkschaften haben für ihre Haltung und ihre Leistungen diese öffentliche und behördliche Anerkennung gefunden. In politisch-moralischer Hinsicht stehen sie stärker und fester da als je vor dem Kriege. Aber in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht sind sie keineswegs auf Rosen gebettet, und ihre zukünftige Organisationsarbeit in den Schwierigkeiten der ersten Friedenswirtschaft macht manchen Gewerkschaftsführern Sorge.

Die gewerkschaftlichen Mitgliederbestände sind durch den Krieg außerordentlich geschwächt. In Berlin ist z. B. die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften von 301 986 am 1. Januar 1914 auf 144 259 Ende 1915, also um 52 1/2 Prozent zurückgegangen. Wenn natürlich auch ein großer Teil der Heerespflichtigen in die Organisation wieder aktiv eintritt, so wird doch der Mitgliederanfall erst allmählich wieder ausgeglichen werden können. Dasselbe gilt für den durch den Krieg sehr stark angegriffenen Rassenbestand der Gewerkschaften. Dazu treten die besonders volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nach dem Kriege: Trotz der besten sozialen Demobilisierungsgänge drohen in zahlreichen Gewerben Arbeitsmangel und Arbeiterüberfluß, die Zurückdrängung der vielen geringer entlohnenden, während des Krieges angelehnten Frauen durch die Männer wird nicht leicht sein. Die Organisation der Arbeiterinnen aber ist vielfach Stillestand. Die Einordnung der Kriegsbeschäftigten in die Gewerkschaften zur Regelung ihres Einflusses auf den Lohnstand der Gewerbe kommt als weitere Schwierigkeit hinzu. Dazu die Fortdauer der Teuerung und die teilweise Unfähigkeit mancher Arbeitgebergruppen, entsprechende Löhne zu bewilligen. Das alles sind harte Aufgaben für die geschwächten Arbeiterorganisationen. Es kommt hinzu, daß auf der andern Seite die Unternehmerverbände, die durch die öffentliche zwangsorganisatorische Ordnung vieler Produktionszweige und durch die Betriebskapitalzusammenschlüsse großer Industrieinteressengruppen an Macht und auch an Umfang — Firma bleibt Firma — oft viel gewonnen haben, nach dem Kriege den Arbeiterorganisationen noch viel kraftvoller gegenüberstehen werden als ehedem.

Aus dieser Sachlage, die selbst, wenn sie etwas zu grau gemalt wäre, doch von den Gewerkschaftsführern in Rechnung gestellt werden muß, ergibt sich für die Organisation der Arbeiter die naheliegende Forderung: Alles, was schwächen könnte, zu vermeiden — alles, was ihre Stärke stärken könnte, bewußt zu fördern. Die Arbeiterorganisationen streben, gestützt auf die Anerkennung ihrer verdienstlichen Wirksamkeit im Kriege und auf das Vertrauen, das sie sich in der Dessenlichkeit allgemein erworben haben, die Erfüllung ihrer alten Forderungen voller Gleichberechtigung und stärkerer Arbeiterinnenschutz- und Arbeitslosenfürsorgepolitik an. Volles Koalitionsrecht erscheint ihnen als die wichtigste Grundlage für eine starke Organisationsentwicklung. Die Arbeitergewerkschaften werden ferner mit den Konsumgenossenschaften und den Behörden entschlossen zusammenwirken, um den Abbau der Teuerung zu beschleunigen. Sie werden überhaupt auf ein verständnisvolles förderliches Verhältnis zu den Behörden Wert legen, weil diese zugleich die größten Arbeitgeber sind und vorbildlich und tonangebend für die privaten Industriebetriebe wirken. (Vergl. die Eisenbahnverwaltung und den neuen deutschen Eisenbahnerverband.)

Endlich aber werden die Gewerkschaften in ihren eigenen Reihen alles Trennende und Schwächende auszuschalten und alle Kräfte zu möglichst wuchtiger Einheit zusammenzufassen trachten. Nicht nur ist es ein Lebensinteresse der freien Gewerkschaften, daß sie die zerstückelten Parteigesänge aus ihren Zentralverbänden fernzuhalten wissen, sondern es ist auch eine Schicksalsfrage für die gesamte beruflich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, daß sich die maßgebenden unabhängigen Gewerkschaftsrichtungen zu möglichst geschlossener Fugel Politik in allen praktischen Hauptfragen und zu einheitlicher Wirksamkeit auf dem Arbeits- und Lohnmarkt zusammenfinden. Aber ein solches Zusammenfinden und Zusammenwirken der drei Hauptgewerkschaftsrichtungen kann doch nur praktisch auf den bereits vor dem Kriege hier und da, zumal in den Aktivgewerben, sich andeutenden und dann während des Krieges erfolgreich weiter beschrittenen Grundlagen erfolgen: in der Verständigung über gemeinsame positive Arbeit von Herz zu Herz, und in der Schaffung gemeinsamer Ausschüsse und Vertretungen über die jeweiligen neuen Aufgaben der Gewerkschafts- und Sozialpolitik. Auf diesem Boden kann sich dann eine Abgrenzung der Agitations- und Werbestrategien entwickeln und ein Kartellverhältnis herausbilden, das nicht nur die gegenseitige Achtung und Anerkennung fördert, sondern auch betragsliche Richtlinien für dauernde gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaften erwachsen läßt. So, in dem weiterführenden Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen an den großen schweren Aufgaben, die die Nachkriegszeit bringt, wird sich eine praktische Annäherung vollziehen, die fester und stärker ist als eine grundsätz-

liche Proklamation der Einheit nach gewissen theoretischen Gesichtspunkten. Denn die Praxis vereint, während die Theorie oft trennt. In der positiven Arbeit finden sich „grundsätzliche“ Gegner am ehesten zusammen. Das ist eine Lehre, die übrigens für die gesamte Neuorientierung nach dem Kriege beherzigt werden sollte.

Aus der Industrie

Die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung in der chemischen Industrie.

Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie spiegelt deutlich den Einfluß des Krieges wider. Zunächst ist die Revisionsstätigkeit geringer geworden, weil einige Beamte noch im Heeresdienst sind. Während 1914 von 15 014 Betrieben noch 4820, gleich 32,1 Prozent, revidiert wurden, waren es 1915 nur noch 3362 von 14 914, gleich 22,54 Prozent. Es ist demnach noch nicht einmal der vierte Teil der vorhandenen Betriebe revidiert worden, eine Tatsache, die um so bedauerlicher ist, weil der Krieg die Unfallgefahr in der chemischen Industrie gesteigert hat. Der Bericht betont gleich einleitend, daß die Industrie zum „Verlassen alter Herstellungsverfahren“ sowie zur „Einstellung von ungelerten, mit den besonderen Verhältnissen der chemischen Industrie nicht vertrauten Arbeitern, von Halberwachsenden und Frauen“ genötigt war. Dadurch wurde eine Steigerung der Unfallgefahren herbeigeführt.

Die Aufsichtsbeamten waren in ihrer allgemeinen Revisionsstätigkeit überdies behindert dadurch, daß sie ihre Tätigkeit in erheblichem Maße den Betrieben, die für den Heeresbedarf arbeiteten, insbesondere den Sprengstoff- und Munitionsfabriken, zuwenden mußten. Einmal, weil diese Betriebe an sich schon eine sehr hohe, durch die oben angeführten Umstände noch gesteigerte Gefahr für die beschäftigten Arbeiter bieten, dann aber auch, weil die stete Erweiterung und die Neuanlagen solcher Betriebe die Beamten sehr stark als Ratgeber und Begutachter in Anspruch nahmen. Es haben sich trotzdem „einige katastrophale Ereignisse“ in der Sprengstoffindustrie ereignet, auf deren Ausgang es vornehmlich zurückzuführen ist, daß die Zahl der in der chemischen Industrie tödlich verunglückten Personen von 168 im Jahre 1914 auf 299 im Jahre 1915 gestiegen ist. Ueber Ursachen und Verlauf dieser Katastrophen soll jedoch während des Krieges Näheres nicht mitgeteilt werden. Das ist besonders deshalb bedauerlich, weil die Kenntnis der Ursachen solcher Katastrophen ihrer Wiederholung am ehesten vorbeugt. Der Bericht sagt allerdings, daß die aus diesen Unfallereignissen sich ergebenden Lehren „den beteiligten Kreisen“ schon jetzt unmittelbar zugänglich gemacht worden sind; wir bezweifeln jedoch, daß man auch die in der Sprengstoffindustrie tätigen Arbeiter zu den „beteiligten Kreisen“ rechnet.

Allgemein wird von dem Ergebnis der Revisionen gesagt, daß „das Bild von der Sicherheit der Betriebe nicht das gewünschte wie in früheren Jahren“ war. Eine Mittelung, die besonders bedenklich stimmt angesichts der Tatsache, daß auch in früheren Jahren die Mängel schon sehr zahlreich und groß waren. Es wird weiter betont, daß der Mangel an Handarbeitern die Unternehmer außerstand gesetzt habe, die Schutzvorrichtungen dauernd in Ordnung zu erhalten, und daß schon deshalb „die Frist zur Beseitigung der Mängel weiter als sonst üblich“ hinausgeschoben werden mußte. Da sich, wie der Bericht weiter sagt, bei den Revisionen „fast allgemein erhebliche Beanstandungen ergaben“, ist die Verzögerung der Beseitigung von Gefahrenquellen sehr bedauerlich. Zumal uns nicht so recht einleuchtet, will, daß just zur Instandhaltung der Schutzvorrichtungen die Handwerker gesucht haben. So groß war unser Erachten der Mangel nicht!

Von der Sprengstoffindustrie speziell wird noch berichtet, daß die Beanstandungen dort, „der Lage der Sache entsprechend, ungewöhnlich zahlreich“ waren. „Typisch“ und „sich immer wiederholend“ waren die Bemängelungen bezüglich der Anhäufung von explosions- und brandgefährlichem Material in Arbeitsräumen, des Fehlens tauchenloser Arbeitskleidung und vorchriftsmäßigen Schutzes, der Nichtbenutzung von Schutzbrillen und Hand-

schuhen beim Ausschöpfen und Füllen flüssigen, heißen und ätzenden Materials“. Auch die Verwendung defekter Reibzylinderentente vor Schmelzöfen, deren Federn und Gewichte nicht einwandfrei arbeiteten, mußte verschiedentlich bemängelt werden. „Bei der Größe der Gefahr der Ueberhitzung des Sprengstoffinhalts ist dieser Mangel an Sorgfalt wenig berechenbar“, sagt der Bericht dazu. Wir meinen, daß in solcher Nachlässigkeit eine geradezu verbrecherische Gefährdung von Menschenleben liegt und daß sie ganz empfindlich bestraft werden muß.

Der Bericht verweist dann auf die Gefahren, die durch die Benutzung neuer bis dahin nicht verwendeter Stoffe, wie z. B. Benzin und Benzol, in manchen Betrieben entstehen. Beim Arbeiten mit Laugen und Säuren machte sich der Mangel an geschultem Personal sehr fühlbar. „Es mußte deshalb oft im Hinblick auf die zahlreichen schweren Unfälle durch Verätzungen den Arbeitern an Ort und Stelle die nötige Belehrung über ihr Verhalten beim Bespritzen mit diesen ertheilt werden“, heißt es dazu im Bericht. Dieser Satz enthält eine schwere Anklage gegen die Unternehmer. Er zeigt, daß diese es an einer ausreichenden Belehrung der Arbeiter fehlend lassen. Und doch wäre diese so leicht. Auch in der Kriegszeit mußten und würden die Kräfte und die Mittel zu beschaffen sein, die es ermöglichen, daß jeder Arbeiter im Betriebe eingehend darüber belehrt wird, welche Gefahren ihn bei seiner Arbeit bedrohen und wie er ihnen begegnen kann. Das kann in jedem Betriebe geschehen und das müßte geschehen! Nicht erst durch den Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft, der alle 2 oder 3 Jahre einmal durch den Betrieb geht, sondern durch die Unternehmer oder ihre Vertreter.

Neben den Unfällen sind die Vergiftungen im Jahre 1915 besonders zahlreich gewesen. In einer einzigen Fabrik waren nach den Aufzeichnungen des Fabrikarztes innerhalb kurzer Zeit 115 Vergiftungsfälle zu verzeichnen. Der Bericht gibt nicht an, welcher Art diese Fabrik war, es scheint sich jedoch um ein Sprengstoffwerk zu handeln, denn es wird zugleich mitgeteilt, daß die Häufung der Vergiftungsfälle im allgemeinen verursacht war „durch die Verarbeitung von Dinitrobenzol zu Ammonitratrisicherststoffen und die Verwendung von ungelerten Trinitrolool in Füllwerken“. Ersteres ist an und für sich ein starkes Gift, in letzterem wirkt das Tetranitromethan, das als Verunreinigung darin enthalten ist, stark giftig. Der Bericht teilt mit, daß die Berufsgenossenschaft ihren ständigen Ausschuss von Fabrikärzten mit der Ausarbeitung geeigneter Schutzmaßnahmen beauftragt hat. Hoffentlich gelingt es, solche zu finden.

In einer der nächsten Nummern des „Proletarier“ werden wir aus dem Bericht einige Schilderungen besonders bemerkenswerter Unfälle wiedergeben.

Pulver.

Die Blagischen Pulverfabriken St. Ingbert haben, wie alle Unternehmungen der Sprengstoffindustrie, im Kriegsjahre 1915 gute Geschäfte gemacht. Der Reingewinn ist von 150 899 M. im Vorjahr auf 179 875 M. gestiegen. Daraus werden wieder 120 000 M. als 8 Prozent Dividende ausgeschüttet. Als Lantienen und Gratifikationen werden 25 775 M. ausgegeben. An Kriegsausstattung ist das Besondere Einkommen von 5000 M. eingezogen. 51 544 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Auffällig ist eine starke Schwankung der Lohnsumme. Nach dem Geschäftsbericht wurden 1913/14 109 655 M., im Jahre 1914/15 dagegen nur 56 877 M., im letzten Berichtsjahr wieder 133 035 M. ausgegeben. Es scheint danach, als ob 1914 eine Einschränkung des Betriebes vorgenommen worden mußte. Das wäre jedoch bei einer Sprengstofffabrik mindestens auffällig.

Im Bericht wird noch gesagt, daß von den beiden Fabriken der Gesellschaft die eine schon jetzt völlig für den Heeresbedarf arbeitet, die andere demnächst zur Produktion für Heereszwecke übergehen wird. Die Ausichten sind also günstig — für die Aktionäre.

Kriegsbeschädigte in der Papierindustrie.

I.

Gewaltige Opfer an Gut und Blut hat der noch tobende Weltkrieg schon gefordert, denen sich täglich neue Verluste an Menschenleben und Volksvermögen hinzugesellen. Hunderttausende blühender junger Männer haben die kämpfenden Nationen der Kriegsjahre geopfert und damit fast ebenso vielen Familien den Er-

Die Elektrizität und ihre Gesundheitsgefahren.

I.

Die Bedeutung der Elektrizität für Gewerbebetriebe, den Transportwesen, für Beleuchtung und Heizungszwecke sowie im Dienste der Wissenschaft und Kunst hat ihren Ausdruck in der gewaltigen Entwicklung der elektrischen Industrie. Die gewerbliche Arbeiterschaft kann sich dieser Entwicklung mit ihren Folgerungen nicht ohne Interesse gegenüberstellen.

Das eigentliche Wesen der Elektrizität ist noch unbekannt, doch können einzelne Tatsachen darauf hindeuten, daß sie zu dem Mittelglied der Lichterscheinungen, dem sogenannten „Lichtstrahl“, in nächster Beziehung steht. Die atmosphärische Elektrizität ist als die natürliche Ursache über den Lichtstrahl und die Ursache der atmosphärischen Elektrizität gehen verschiedene Theorien umher, wie die Elektrolyse und die Annahme, wonach sie aus kleinen, sehr unempfindlichen Teilchen besteht, und zwar aus positiven und negativen (abgegebenen) und solchen aus positiver (angehender) Ladung und Bewegungsfähigkeit. Die Festsetzung, daß „elektrische Ladung“ Körper für sich haben, hingegen unempfindliche Teilchen, ist ein weiterer Beweis der wissenschaftlichen Grundansicht; sie bildet in Zusammenhang mit dem Magnetismus die Grundlage zur Erzeugung der elektrischen Strömung. Die Stärke der atmosphärischen Elektrizität hängt mehr oder weniger von dem Dampfdruck ab. Dem entsprechend findet ein ständiges und ständiges Veränderung statt. Niederschlag, Regen, Schnee, und bald positiv, bald negativ elektrisch. Dieser ständiger Wechsel ergibt die Elektrizität bei Gewittern. Es hat sich denn in einem Teil der Welt besonders positive Elektrizität ausgebreitet, die sich durch die gegenwärtige Verdrängung mit der negativen Elektrizität in anderen Teilen zu verhalten muß. Dem kommt es zu den gewöhnlichen elektrischen Entladungen, zu Donner und Blitz. Diese Erscheinungen sind aber nur von kurzer Dauer. Es ist ein hohes Bedürfnis der menschlichen Arbeiterschaft, auch die Erzeugung menschlicher Elektrizität zu haben. In der „Lebensversicherung“ (Nr. 4, 1916) wird hierzu von Professor Dr. Schmidt, Berlin, gesagt: „Die elektrische Energie ermöglicht es, eine Veranschaulichung der durch die Natur gegebenen Energie zu geben, nämlich die in Wasserfällen, in der Höhe, im Föhnwind, in Bergströmungen usw. enthaltene Energie zu verwerten, und zwar dadurch, daß ein Übermaß dieser Energiequellen oder dort, wo die Umwandlung in elektrische Energie sich am besten eignet, auszunutzen läßt, elektrische Stromerzeugung anzubringen, und so die Energie in Form des elektrischen Stromes an große Wege zu verfrachten, um dann dort, wo

Arbeitsmaschinen zu betreiben, Motoren zu treiben sind, wieder in mechanische Energie umzuwandeln.“

Bei der Leitung des Stromes, der elektrischen Kraft, von einem elektrischen Körper auf einen anderen sind zwei Gruppen von Materialien zu unterscheiden, nämlich solche, die Elektrizität sofort und leicht weiterzuführen, und solche, die diese Weiterführung oder Leitung gar nicht oder nur in geringem Maße gestatten. Zur ersten Gruppe gehören als Leiter alle anelektrischen Körper, besonders Metalle, außerdem Graphit, Kohle, Säuren, Salzlösungen, Wasser, überhaupt alle flüssigen Körper, zur zweiten Gruppe alle dielektrischen Körper als Nichtleiter: Harze, Gummi, Seife, Paraffin, Wachs, Glimmer, Glas, Porzellan, Seide, Holz, und als Halbleiter: Reine, Alkohol, Holz, Papier. Die Fortbewegung der Elektrizität hat auch, ähnlich wie eine Wasserleitung, einige Widerstände zu überwinden. Wie bei dieser Leitung hängt der Widerstand von der Länge und dem Durchmesser der Leitung ab. Durchfließt der Strom einen verhältnismäßig dünnen Kupferdraht, so wird dieser erwärmt, wodurch eine Schwächung des Stromes herbeigeführt wird. In demselben Maße wie die Länge zunimmt, nimmt auch der Widerstand zu. Je größer der Durchmesser der Leitungsdrähte, desto weniger wird das Wasser durchfließen können. Ähnlich verhält es sich mit dem Leiter der Elektrizität, nur in demselben Verhältnis wie der Durchmesser des Drahtes zunimmt, der Leitungsdruck abnimmt. Die Leitung ist aber auch noch abhängig von dem Widerstand des Leitungsmaterials. Kupfer bietet zum Beispiel dem elektrischen Strom einen geringeren Widerstand als Eisen, Nickel und Zink. Es beträgt zum Beispiel die elektrische Leitungsfähigkeit des Kupfers nur 10 bis 15 Prozent des Kupfers, was sich namentlich bei dem Mangel des letzteren während dieses Krieges als sehr nachteilig zeigte. Wie überall die „Domestik“ in Nr. 10 dieses Jahres mitteilen konnte, war es insofern der deutsche Bedarf gelungen, auch mit Eisen und Zink völlig betriebstüchtiger arbeitende Anlagen zu schaffen. Man unterfährt aber auch höhere Leitungen. Manchen Draht verwendet man gewöhnlich nur für Freileitungen auf Masten aus Porzellan, an denen er mittels Hinderschlägen befestigt wird; sein Nennmaßmesser soll mindestens 6 Quadratmillimeter bei Hochspannungen bis 500 Volt und mindestens 10 Quadratmillimeter bei Hochspannungen über 500 Volt betragen (Vollmaßmesser bezieht sich auf die Querschnittsfläche des Drahtes, nicht auf den Durchmesser).

In Dienste der Volks- und Gewerbehygiene hat die Elektrizität einige wertvolle Anwendungen und Vorkommen herbeigeführt. Durch die Anwendung von elektrischen Triebwerken wird der lästige, störende Motorenbetrieb mit Gas und Benzin und die Gasbelastung in Werkstätten, Wohnzimmern usw. ausgeschlossen. Auch die Dampfmaschinen mit ihren Kesselanlagen und gasbelasteten Schornsteinen werden eingespart. Ebenso wird durch die elektrische Ventilation und Staubabführung in Sägereien, Holzbearbeitungswerkstätten, Mühlen usw. die gewerbliche Gesundheit ge-

fordert. Demgegenüber darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß die vielfältige Anwendung der Elektrizität auch viele Gesundheitsgefahren gebracht hat, die durch den Mangel an Schutzeinrichtungen und durch die Unkenntnis des Volkes und besonders der Arbeiterschaft noch vermehrt werden. Die Literatur über diese Frage ist nicht allzu umfangreich. In der „Sozial-Technik“ (Nr. 24, 1915) hat der Ingenieur Wilhelm Bed auf einige Erfahrungen dieser Art hingewiesen.

Bei den Elektrotechnikern hat man die Beobachtung gemacht, daß sie bei längerem Arbeiten an Schalttafeln oder in Versuchsräumen, in denen Hochspannungen geprüft werden, an Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit und Verdauungsstörungen leiden. Auf die anhaltende Beobachtungstätigkeit und die mit jedem Begriff verbundene Lebensgefahr sind Herzkrankheiten und Nervenüberreizungen zurückzuführen. Häufigere Arbeitspausen und Bewegung in frischer Luft sind gute Gegenmittel. Durch das Arbeiten an elektrischen Schweißapparaten sowie bei Prüfung von Röntgenlampen wird durch die dem Auge nicht sichtbaren ultravioletten Strahlen leicht eine Entzündung der Binde-, Netzhaut- und Regenbogenhaut hervorgerufen. Die Augenlider werden trübe und erkrankt mit der Zeit am grauen Star. Um das zu vermeiden, sind geeignete Schutzbrillen anzubringen. Aber nicht allein die Augen sind großen Schädigungen ausgesetzt, sondern auch alle anderen ungeschützten Körperstellen. Hände und Gesicht leiden unter der intensiven Hitze und den Lichtstrahlen. Die Haut nimmt nach einiger Zeit die Färbung von roter Bronze an; der Arbeiter verspürt Juckreiz, auch stellen Schlaflosigkeit und Fieber daraus die Folge sein. In letzter Zeit wird deshalb das elektrische Schweißen mehr und mehr durch das sogenannte autogene Schweißverfahren mittels Sauerstoffgasbläse verdrängt.

Wesentlich wie der Elektrotechniker sind die Ärzte und Patienten bei der Lichtbehandlung den Schädlichkeiten der ultravioletten Strahlen ausgesetzt, die ebenfalls nur durch Schutzbrillen verhindert werden können. Eine noch schädlichere Nebenwirkung hat auch die Anwendung der Röntgenstrahlung oder Durchleuchtung dann, wenn dabei gesunde Gewebe und Organe lange und häufig betroffen werden. Die „Röntgen-dermatitis“ äußert sich in Juckreiz, Hautausschlag und Quaddelbildung der Haut; bei schweren Fällen in Hautentzündung der Haut, eitrigen und krebserartigen Geschwüren, die zu Gliederamputationen und nach einigen Jahren zum Tode führen können. Die Röntgenstrahlen haben auch eine schädliche Wirkung auf das Nervensystem, die sich in Kopfschmerzen, Erbrechen, Schwindelanfällen, Herzklappen und Nerven äußert. Ganz hervorragend sind bei diesen Erkrankungen die Ärzte beteiligt, die hier leicht ein Opfer ihrer Berufstätigkeit werden. Von den in der Fachliteratur bis zum Jahre 1912 festgestellten 54 Fällen waren 24 Ärzte, 26 Röntgentechniker und vier Patienten betroffen. Die fortschreitende Heilunde hat auch hiergegen Schutzeinrichtungen geschaffen, wobei das Blei, wie mit Bleiplatten beschützte Holzplanken und Bleiglasblenden als ganz besonders wertvoll anzusehen sind.

näher geraubt. Diesengroß ist die Zahl der Hinterbliebenen, die den verlorenen Sohn, Ehegatten und Vater betrauern. Erschreckend groß ist auch die Anzahl derjenigen Vaterlandsverleider, die als Krüppel und Kriegsverletzte in ihr Heimatland zurückkehren.

Diese unglücklichen Opfer des Weltkrieges zu unterstützen, sie wieder arbeits- und erwerbsfähig zu machen, um ihnen damit neuen Lebensmut und neue Lebensfreude einzuflößen, gehört zu den edelsten Aufgaben des Staates und der Gesellschaftsklassen. Zu diesem Werte wahrer Menschlichkeit haben auch die freien Gewerkschaften Deutschlands ihre Mitwirkung bereitwillig zugesagt. So auch unsere Berufsorganisation. Als Berufsleiter zur Beschäftigung der Kriegsverletzten im alten Beruf und bei der Erlernung neuer Erwerbszweige haben sich unsere Kollegen uneigennützig zur Verfügung gestellt. Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten im zukünftigen Erwerbszweige zu angemessenen Arbeitsbedingungen und ausreichenden Löhnen betrachten sie als eine ihrer wichtigsten Kriegsaufgaben.

Nicht immer haben die Gewerkschaften bei dem Unternehmertum und seinen Organisationen Anklang gefunden für die Bereitwilligkeit ihrer Mitwirkung in dieser überaus wichtigen Angelegenheit. Besonders die Unternehmer in der Papierindustrie glaubten ihrem „Gerrn-im-Hause-Standpunkt“ etwas zu vergeben, wenn sie die Frage der Beschäftigung Kriegsverletzter mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam regelten. Mit wenigen Ausnahmen haben sie die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen direkt abgelehnt oder in gebundenen Worten zu verstehen gegeben, daß dieselbe den Unternehmern unerwünscht sei. Der „Schutzverband deutscher Stein-druckerbesitzer“ hat nach einer Mitteilung des Augustpapierfabrikanten Dr. Hagelberg in der 30. Sitzung des Kriegsausschusses für das deutsche Papierfach „es abgelehnt, während des Krieges mit dem Gehilfenverband eine gemeinsame Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Angriff zu nehmen, weil er sich auf den Standpunkt stellte, daß Fragen wie die geforderte Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und eines Schiedsgerichts zwischen einem Arbeitgeberverband und einer Gewerkschaft in der gegenwärtigen Zeit des Burgfriedens nicht entschieden werden sollten“. Diese Stellungnahme der Stein-druckerbesitzer scheint das allgemeine Zeichen zur Ablehnung der Mitarbeit der Gewerkschaften auch für den größten Teil der übrigen Unternehmervereinigungen im Papierfach gewesen zu sein. Die Organisationen der Papier-, Zellstoff-, Holzstoff- und Pappfabrikanten, der Verband deutscher Tapetenfabrikanten und die Vereinigungen der Wunt- und Chromopapierfabrikanten schoben zwar nicht den göttlichen „Burgfrieden“ als Ablehnungsgrund vor, sondern suchten sich durch hüßliche, wenn auch nichtsagende Antwortschreiben die Mitwirkung der Gewerkschaften vom Halbe zu halten.

Dieses Verhalten der Unternehmer gegen die Gewerkschaften kam nicht überraschend, da die Unternehmerorganisationen im Jahre 1915 bereits die Mitarbeit der Regierung in derselben Frage abgewimmelt hatten. Der Präsident des Reichsversicherungsamts und das Kriegsministerium verhandelten in der ersten Hälfte des Jahres 1915 ein Schreiben an die Berufsorganisationen, worin ersucht wurde, kriegsbeschädigte Offiziere in die Dienste der Genossenschaften als Verwaltungsbeamte einzustellen oder als technische Aufsichtsbekanntnisse zu beschäftigen. Zugleich war der Wunsch ausgedrückt, in ähnlichem Sinne auch auf die Unternehmer zur Einstellung kriegsbeschädigter Offiziere in Privatbetriebe einzuwirken und diese Angelegenheit als besonderen Beratungsgegenstand auf die Tagesordnungen der nächsten Genossenschaftsversammlungen zu setzen. Die Berufsorganisationen erwiderten darin einen Eingriff in ihre Unternehmerrechte und glaubten dagegen protestieren zu müssen. Auf der 34. Genossenschaftsversammlung der Papiermacher-Berufsorganisation in Berlin-Wannsee stimmte deshalb die Versammlung der folgenden Auffassung des Genossenschaftsvorstandes zu: „Der Genossenschaftsvorstand sei einmütig der Meinung, daß es eine vaterländische Pflicht aller Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sei, die Bestrebungen zur Unterbringung kriegsbeschädigter Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in jeder Weise zu fördern. Auch die Berufsorganisationen würden, soweit möglich, kriegsbeschädigte bei der Besetzung von Stellen berücksichtigen. Eine behördliche Einwirkung in dieser Richtung halte der Vorstand jedoch nicht für erwünscht.“ Die Unterbringung kriegsbeschädigter Offiziere in den Ortskrankenkassen halten verschiedene Unternehmer für ganz selbstverständlich, auch dann, wenn die betreffenden Offiziere nicht die geringsten praktischen Erfahrungen im Ortskrankenkassenwesen besitzen. Allerdings handelt es sich bei den Ortskrankenkassen auch nicht um reine Unternehmerorganisationen.

Der Beschäftigung von Kriegsverletzten sind in der Papierindustrie gewisse Grenzen gezogen, die nicht nur im Interesse der beschäftigten Arbeiter, sondern auch der Kriegsbeschädigten selbst liegen. Sowohl in der Papierherstellung wie auch in der Papierverarbeitung finden zum weitaus größten Teil nur Maschinen mit schneller und schnellster Gangart Verwendung, deren Bedienung Mannschaften mit gesunden Gliedern erfordert. Eine Zusammenstellung des „Deutschen Industrieschutzverbandes“ über die Verwendung von Kriegsbeschädigten in der Papierindustrie bezeichnet beide Hände und Füße in der Papierfabrikation als zur Arbeitsleistung erforderlich. Einzelne Finger und ein Auge könnten fehlen. Unseres Erachtens dürfte das gewissenhafte Arbeiten an den schnelllaufenden Papier- und Kollmaschinen, wo es darauf ankommt, die geringsten Fehler in der laufenden Papierbahn zu beobachten und schnell Abhilfe zu schaffen, dem einäugigen Arbeiter schwer fallen. In der Pappmacherei, Holzschleiferei und Kartonnagenzschneiderei sind nur einzelne Finger bei der Arbeit im Notfall zu entbehren. Auch in den übrigen Betriebszweigen der Papierindustrie ist die Beschäftigung arm- und heimerverletzter Kriegsbeschädigter nur in beschränktem Maße möglich. Der Arbeitsmarkt für Kriegsbeschädigte bezieht sich deshalb auch vorwiegend auf Stellungen als aufaufsichtführende Personen, Lagerverwalter, Expedienten und anderes kaufmännisches Personal. Nur selten wird von den Papierfabriken ein technisch ausgebildeter, Kriegs-verletzter Arbeiter gesucht.

Auch die Kriegsbeschädigten selbst drängen sich mehr nach Posten als Saalmeister, Aufseher, Werkführer oder Türhüter als nach ihrer alten Beschäftigungsart. Die liebe Angst um einen aufaufsichtführenden Posten veranlaßt verschiedene Kriegsbeschädigte, sich zu niederen Löhnen anzubieten, allerdings sehr zum Schaden ihrer übrigen kriegsverletzten Kameraden. Bedauerlicherweise tritt auch unter den Kriegsbeschädigten das Stehtrugproletariat am meisten schmerzhaft. Verschiedene dieser Herren scheinen die viel-

Die Werbearbeit für den Verband muß jetzt erneut einsehen und eifrig betrieben werden. Die Erfahrungen in zahlreichen Orten lehren, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wo rührig gearbeitet wird. Also überall Hand ans Werk legen! Nur eifrige Tätigkeit bringt Erfolg.

gepriesene Schützengrabeneinigkeit schnell vergessen zu haben, sonst hätte es nicht vorkommen, daß im „W. f. P.“ ein „militärfreier Zellulosefachmann, Feldzugsbeteiligter, Mitte Dreißig, Stelle als technischer Direktor — technischer Leiter sucht, der Erfahrung in Wärmausnutzung, billiger Laugenbereitung und in der Herstellung feiner Zellulose bei kurzen Kochzeiten besitzt“, und trotz dieser gebliebenen Fabrikationskenntnisse nur „drei Monate festes Gehalt“, dann aber — „50 Prozent der durch seine Tätigkeit erzieltten Ersparnisse“ beansprucht. Die heute vollkommenen technischen Einrichtungen der Zellulosefabriken lassen wesentliche Ersparnisse schwerlich zu, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf die höchste Stufe getrieben und der Lohn so niedrig wie nur möglich gedrückt wird.

Um die Beschädigung der gesunden wie der verletzten Arbeiter nach Möglichkeit zu vermeiden, haben die Gewerkschaften versucht, eine Regelung der Kriegsbeschädigten-Beschäftigung mit den Unternehmern vertraglich herbeizuführen. Die Furcht, nicht mehr den Kriegsbeschädigten Höhe und Art der Arbeitsleistung unbeschränkt beschließen zu können, hat die Unternehmer veranlaßt, der Mitarbeit der Gewerkschaften aus dem Wege zu gehen. Wie sehr aber Leben und Gesundheit der kriegsverletzten Arbeiter von der Art der Arbeit abhängt, mag an folgendem Fall demonstriert werden: Der Kalandersführer W. L. wurde im Januar 1915 wegen einer schweren Verletzung der rechten Hand aus dem Heeresdienst entlassen. Er trat bei der Hasseröder Papierfabrik in Arbeit und wurde als Kalandersführer beschäftigt. Am 9. Oktober wollte L. das Papier, das um die Walzen gelaufen war, entfernen. Beim Abwischen geriet er oberhalb der Schutzleiste mit seiner gesunden linken Hand zwischen die Walzen, wodurch ihm Handgelenk und Unterarm zerquetscht wurden.

Solche Unfälle mahnen dringend daran, Arbeiter mit größeren Arm- und Beinverletzungen an schnelllaufenden Maschinen nicht zu beschäftigen, besonders aber dann nicht, wenn sich der Kriegsbeschädigte nicht schon vor dem Präge eine gewisse Geschicklichkeit in der Bedienung schnelllaufender Maschinen angeeignet hatte.

Unfälle in der Papierindustrie.

In der Papierfabrik in Jannowitz geriet der 20jährige russische Arbeiter Franz Kosiw in den Trockenkylinder, wurde mit ins Getriebe gezogen und zerquetscht. Der Tod trat auf der Stelle ein. In Wieses Papierfabrik in Kojenthal bei Blankenstein ereignete sich ein ähnlicher Unfall. Der im 16. Jahre stehende Arbeiter Heinrich aus Blankenstein geriet beim Einführen des Papiers an der Papiermaschine zwischen die Walzen und wurde schwer verletzt.

In der höchsten Pappdeckelfabrik in Waldmühlbach kam der 16 Jahre alte Arbeiter Adam Knapp dem Schwanzrad zu nahe, wurde von diesem erfaßt und erlitt so schwere Verletzungen, daß er alsbald starb. Ein in der Hasseröder Papierfabrik in Peidenau beschäftigter 16 Jahre alter Italiener geriet in eine Papiermaschine. Er erlitt einen Armbruch.

Explosion in einer Zementfabrik.

In den Drehrohren der Portland-Zementwerke in Weisenau fand kürzlich eine Kohlenexplosion statt. Von den in der Nähe tätigen gesunden Arbeitern wurden vierzehn Personen demot verbrannt, daß ihre Aufnahme in das Hospital notwendig wurde. Die Kranken wurden mittels Krankenwagen transportiert, die sofort zur Stelle waren, transportiert. Leider sind von den Schwerverletzten mehrere ihren Verletzungen erlegen.

Die hohen Fischpreise und die Fischinteressenten.

Uns wird geschrieben: Die vom Reichsamt des Innern in Verbindung mit dem Verein der Fischindustriellen eingeleiteten Maßnahmen auf Festlegung von Höchstpreisen für Räucherfische und Marinen führten die Inhaber der Fischhändler, Fischhändler und Fischkommissionäre aus der westlichen Ostsee im September d. J. zu einer Versammlung in Geddesföde zusammen.

In der Versammlung wurde allgemein anerkannt, daß man die Räucherfische viel zu teuer, namentlich von den ausländischen Ländern, einkaufe und daß sie dementsprechend viel zu teuer verkauft würden. Eine Verbilligung der Räucherware sei unbedingt notwendig, allein schon aus nationalen Gründen. Schließlich wurde eine Art Kriegsberühmungsamt gerichtete Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Preise für Räucherfische und Marinen allmählich eine ganz unangemessene und unvorstellbare Höhe erreicht hätten, und daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um sie auf ein der ganzen Lage entsprechendes Maß zurückzuführen. Außerdem wurde in Anregung gebracht, daß in Zukunft für den Einkauf der Rohware der Gewichtsverlust gesetzlich eingeschätzt werde.

Im engen Zusammenhang mit dieser Entschließung steht ein Eingehaft in der „Deutschen Fischerei-Zeitung“. Auch demselben hat das Reichsamt den Verein der Fischindustriellen ersucht, genaue Vorschläge für die Kleinhandelspreise der Zukunft zu machen. Der Vorsitz der Fischindustriellen geht dahin, daß die Kleinhandelspreise für beste Ware wie folgt festgesetzt werden: 1 Pfund Dacklinge 1,70 Mk., Spriet-Dacklinge 1,10 Mk., Spriet 1,30 Mk., Dacksperringe 1,40 Mk., Stundem 1,80 Mk., geräucherter Matrelen 1,60 Mk., Brotsperlinge 1,75 Mk., Stundem-perlinge, Deitauesperlinge und Sperringe in Secke 1,85 Mk. und Kollmöse 1,65 Mk. für das Pfund. Mit Fremden derlei der Eingehaft diese Vorschläge, daß man endlich einmal nach dem Gewicht gehandelt wird, und meint am Schlusse des Eingehaftes, daß wohl auch damit endlich die unerhörten hohen Preise und die enormen Zwischenverdienste aufhören müßten.

Es wäre für die Beurteilung der Sachlage notwendig gewesen, auch von dem Eingehaft zu erfahren, weshalb, wer denn eigentlich mit den enormen Zwischenverdiensten über den Deich geht, und zweitens, wobei die unerhörten hohen Preise der Räucherfische rühren. Aber nach der Seite hin, sind die Herren Fischinteressenten sehr wichtig und zurückhaltend und vermeiden es offensichtlich, Äußerungen in ihrer Geschäftsgeheimnisse einzugehen. Von letzteren findet ja hier und da etwas dazu, aber es reicht nicht aus, um das Geschäftsgeschehen der Fischhändler abzuzeichnen an den Pranger stellen zu können.

Für diesmal wollen wir uns deshalb darauf beschränken, die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden auf die Fischaktionen in Geddesföde, Kiel usw. zu lenken. Auf diesen Aktionen sind es besonders die Fischindustriellen, die sich die Preise der Räucherfische gegenständig derartig hoch treiben, daß sie erstens keine Ursache haben, über die hohen Einkaufspreise für notwendige Rohstoffe zu jammern, und zum zweiten am allermeisten geeignet erscheinen, in bezug auf die Festlegung der Höchstpreise für Räucherwaren das letzte und entscheidende Wort zu reden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses.

Der „Vorwärts“ teilte vor etwa drei Wochen mit, der Italienische Gewerkschaftsbund und Genosse Deglin, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, hätten beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund das Gesuch auf Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses in der Schweiz gestellt. Der Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hätte dem Gesuch des Genossen Deglin entsprochen.

Wir haben von der Nachricht nicht Notiz genommen, weil sie allzu viel Zweifel wecken mußte. Die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses schien uns durchaus unwahrscheinlich. Wie nunmehr das „Korrespondenzblatt“ mitteilt, ist wieder beabsichtigt, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen, noch ist ein dahingehender Antrag bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestellt. Es wurde lediglich an dessen Präsidenten die Anfrage gerichtet, ob er die Vorbereitungen für eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die in der Schweiz tagen soll, treffen wolle. Am 25. September erhielt der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hierzu die Befugnis und wird die Konferenz für den 11. Dezember d. J. berufen.

Das „Korrespondenzblatt“ teilt zu der Angelegenheit weiter mit: Schon einmal, im Juni 1915, machte er den Vorschlag zur Aufhebung über den von gewerkschaftlichen Landeszentralen gestellten Antrag, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein anderes Land zu verlegen, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen. Die Mehrheit der Landeszentralen hielt die Konferenz nicht für notwendig und entließ sich dahin, daß bis zum Kriegsende eine Veränderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle.

Nur hat am 5. Juli d. J. in Leeds (England) eine internationale Gewerkschaftskonferenz getagt, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter andern zwei Vertreter einer anarchistisch-syndikalistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angehörien ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer „Zentrale“ beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbüro in Paris zu errichten, das einen Beirat aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der niederländischen Gewerkschaftszentrale bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder im Haag am 2. August protestiert. Er gab dort folgende Erklärung ab:

„Wir bedauern es, daß die Gewerkschaftszentren der andern neutralen Länder es nicht haben ermöglichen können, zusammen mit den Delegierten der sozialistischen Parteien auch ihre Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Ich glaube jedoch, obgleich ich dazu kein Mandat besitze, auch in ihrem Namen sprechen zu können, wenn ich im Auftrag der niederländischen Gewerkschaftszentrale folgendes zum Ausdruck bringe:

In der Aussprache, mit der diese Konferenz am Montagmorgen durch den Genossen Troelstra eröffnet wurde, ist von ihm mit einigen Worten eine Arbeiterkonferenz erwähnt worden, die in Leeds stattgefunden hat, und von der die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen ist, neben und wider dem bestehenden. Wir ist zu meinem Bedauern über diese Arbeiterkonferenz, über ihren Umfang und ihre Bedeutung nicht mehr bekannt, als von Troelstra mitgeteilt worden ist. Ausdrücklich wünsche ich jedoch festzustellen, daß die Klassenbewegung der Gewerkschaftsbewegung von einer Spaltung in keiner Weise etwas Gutes zu erwarten hat und daß es auch für sie von der größten Bedeutung ist, national und international, einig und ungeteilt zu bleiben. Und nochmals, ich bin davon überzeugt, wo wir ihren Geist und ihre Auffassung kennen, auch im Namen der Gewerkschaften von den Ländern, deren sozialistische Parteien auf dieser Konferenz vertreten sind oder hätten vertreten sein sollen, die Erklärung abgeben zu dürfen, daß sie eine Internationale der Gewerkschaften ebenso wie eine sozialistische Internationale gründeten, welche die Kameraden eines Landes im voraus ausschließen sollte.

Daneben wünsche ich namens der Gewerkschaftsvertreter der niederländischen Delegation ausdrücklich zu erklären, und ich hoffe auch jetzt wieder im Namen der Gewerkschaften der andern neutralen Länder sprechen zu können, daß jede Bestrebung der gewerkschaftlichen Bewegung, um abgeordnet, neben und abseits von der sozialistischen Internationale die Agitation für den Frieden zu betreiben, die Kraft der Arbeiterbewegung und ihren Kampf für das ersehnte Ziel schwächen muß. Nur zusammen mit der politischen Partei der Arbeiterklasse, national und international verbunden, werden die Gewerkschaften instand sein, diese Aufgabe zu erfüllen.

Wir niederländischen Delegierten schätzen uns glücklich, in der Lage zu sein, während dieser Lage mitarbeiten zu können an der Grundlage, auf der die Arbeiterklasse aller Länder wird weiterbauen können, um das Zustandekommen des Friedens zu fördern und die Internationale selber zur Wiederherstellung zu bringen.“

Mit diesem Protest kann die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Es folgt jetzt eine Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Internationalen, so wird die Einigung für Jahre über die Kriegsbauer hinaus erzielt, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einzuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ermöglicht, teilnehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Trotz gesteigerter Schwierigkeiten bei der Agitation und verhältnismäßig starker Einberufung zum Militär war es uns auch im dritten Quartal möglich, nicht nur den Mitgliederstand zu erhalten, sondern auch einen kleinen Zuwachs zu erzielen, wie auch in einer Anzahl von Fällen durch Zeugnissbewegungen die Lebenslage unserer Mitglieder zu verbessern.

Neueintritte sind 104 — 54 männliche und 50 weibliche — zu verzeichnen. Zum Militär eingezogen wurden 65 Kollegen. Der jetzige Mitgliederstand beträgt 1391 männliche, 1168 weibliche, insgesamt 2559 Mitglieder, mithin 7 Mitglieder mehr als am Beginn des Quartals. Der Kartenverkauf hat sich ganz außerordentlich gesteigert. Während im zweiten Quartal 31 879 verkauft wurden, betrug der Umsatz im dritten Quartal 34 271 Stück, gleich durchschnittlich 13,3 pro Mitglied. Der gesteigerte Verkauf ist zurückzuführen auf eine veranfaßte Bücherkontrolle, bei der so mancher Rest beigegeben worden ist.

Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden zehn geführt, an denen 1426 männliche und 989 weibliche, insgesamt 2415 Kollegen und Kolleginnen beteiligt waren.

In der Strohhofabrik in Ritzsch gelang es uns nach langen Bemühungen und schwierigen Verhandlungen, die Löhne der dort Beschäftigten ganz wesentlich zu verbessern. Auf unsere erste Eingabe wurde der Stundenlohn von 35 auf 38 Pf. erhöht, dafür aber nicht mehr wie bisher 12 Stunden, sondern nur 10 Stunden bezahlt. Der erzielte Gewinn war für unsre Kollegen ein recht magerer, er betrug in der Woche 1,17 Mark, womit die Kollegen sich nicht einverstanden erklären konnten. Bei den weiteren Verhandlungen wurde auf den Stundenlohn von 38 Pf. ein Zuschlag von 20 Prozent aufgetragen, so daß gegenwärtig der Stundenlohn 45 Pf. beträgt. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, weil der eigentliche Betrieb stillgelegt war für die Herstellung von Holzschiffen hergerichtet wird. Leider gelang es nicht, die Löhne der Arbeiterinnen, die 30 Pf. pro Stunde betragen und wofür sie Männerarbeit verrichten müssen, zu verbessern, weil sie sich weigerten, der Organisation beizutreten, und lieber den Betrieb verlassen als für bessere Löhne eintreten wollten.

In der Seifenfabrik von Guthmann wurde die früher gewährte Zeugnisszulage für Männer um 3 und für Frauen um 2 Mk. pro Woche erhöht; sie beträgt jetzt 5 resp. 3 Mk. — Die Firma Seifenfabrik Geisler gewährte den Männern eine Zulage von 8, den Frauen eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde. Gleichzeitig wurde die früher gewährte tägliche Zeugnisszulage aufgehoben. — Bei Königmann erhielten die Männer 2 Mk. und die Frauen 1,25 Mk. pro Woche mehr, während sich die Gesamtzeugnisszulage auf 3,75 resp. 2,25 Mk. erhöhte. — Die Seifenfabriken sind allerdings durchweg gut beschäftigt. Teilweise werden

